

28.03.2014 / Inland / Seite 5

## Podium für Geschichtsrevisionismus

### »Opferverband« plant antikommunistisches Mahnmal. Künstler für Kritik an Totalitarismustheorie verklagt

Lena Kreymann

Vertreter von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen haben am Mittwoch abend in Berlin mit dem stellvertretende Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen Helmuth Frauendorfer und dem Städteplaner Florian Mausbach über den Bau eines Mahnmals für die »Opfer der Kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland zwischen 1945 und 1989« diskutiert. Ausgetragen wurde die gut besuchte Podiumsdiskussion von der »Deutschen Gesellschaft«, der »Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft« (UOKG) und der »Bundesstiftung Aufarbeitung«. Zur Debatte stand für die Beteiligten keineswegs ob, sondern nur noch wie, wann und wo das Denkmal gebaut werden soll.

Zu Beginn der Veranstaltung stellte Sibylle Dreher von der Initiative Mahnmal, Präsidentin des Frauenverbandes im Bund der Vertriebenen, die Siegerentwürfe eines studentischen Wettbewerbs für das Monument vor. Preisträger Johannes Buchner positionierte sich ganz im Sinne der Veranstalter. Seine »black box« sollte einen Platz mit zusammengeschnittenen Tondokumenten beschallen - ein »Destillat des Unrechts« in immer neuen Zusammenstellungen. Als Ort schlug er den Ernst-Thälmann-Park vor, um in direkter Auseinandersetzung mit dem »Zeugnis totalitärer Formsprache« zu stehen, der Büste des »Säulenheiligen der SED« und »eines der Totengräber der Weimarer Republik«.

Angesichts der antikommunistischen Einigkeit an diesem Abend wurde über Inhalte auf der Veranstaltung kaum gestritten. Für die »Initiative Mahnmal« von der UOKG ist jedoch klar, was sie mit dem Werk vermitteln will. UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner spricht in der Broschüre »Erinnern, Gedenken und Mahnen« davon, daß ein »öffentliches Bekenntnis der Gesellschaft zu den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft in ihrer Gesamtheit« fehle. Zu diesen werden im gleichen Heft auch von den sowjetischen Militärtribunalen als NS- und Kriegsverbrecher Verurteilte gezählt. Wagner nimmt in seinem Text niemanden aus, statt dessen bedient er sich der gängige Redeweise von den Opfern »beider Diktaturen«.

Aus dem Umfeld der UOKG wird immer wieder die geschichtsrevisionistische Gleichsetzung von Nationalsozialismus und »SED-Diktatur« vorangetrieben. Der Historiker Martin Jander schrieb 2012 auf der Internetseite publikative.org der Amadeu-Antonio-Stiftung, der Verband hätte deswegen von seiner Gründung an »rechtsradikale Aktivisten aus NPD und DVU« angezogen. Es sei dann zu Ausschlüssen gekommen. Der »radikale Antikommunismus«, die »Gleichsetzung des sowjetischen Krieges gegen das nationalsozialistische Deutschland mit dem Vernichtungskrieg der Wehrmacht« sowie die »via einer banalisierenden Totalitarismustheorie vollzogene Gleichsetzung von Nazis und Kommunisten« habe weiter »ihre Heimat in der UOKG, sie ist ihr Markenkern«.

Die UOKG geht jedenfalls vehement gegen Kritiker einer solchen Gleichsetzung vor. Rainer Wagner hat den Künstler Jan Bejšovec wegen »Volksverhetzung« angezeigt, wie er selbst im Gespräch mit dem Fernsehsender 3sat erklärte. Dieser stellt noch bis Ende März in der Galerie »Café Sybille« in Berlin unter anderem das Werk »Totaler Theoretiker« aus, das den Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, an einem Kreuz zeigt - mit einer zum Hitlergruß gereckten und einer erhobenen, geballten Faust. Der unter dem Label »Konfliktstoff« arbeitende Künstler erklärte am Montag gegenüber 3sat, er greife damit Hubertus Knabe nicht persönlich an, sondern die von ihm vertretene »sehr banale Auslegung der Totalitarismustheorie«. Es mache ihn betroffen, wenn er in der Gedenkstätte »Nazitäter wie Walter Linse, der die Entjudung in Chemnitz durchgeführt« habe als »patriotische Freiheitskämpfer« präsentiert würden. Mit der Klage beweist die UOKG, daß sie wenig Verständnis für künstlerische Freiheit hat, wenn dabei die von ihr umkämpfte Deutungshoheit über die »SED-Diktatur« berührt wird.